

**Neufassung  
vom 24.07.2025**

**Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern**

Antrag Nr. 20-26 / A 02656 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 20.04.2022, eingegangen am 20.04.2022

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 14123**

1 Anlage

**Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 30.07.2025**

Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

Wie in der Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz am 24.07.2025.

Die Stadtratsfraktion Die Grünen - Rosa Liste - Volt und die SPD Stadtratsfraktion haben beiliegenden Änderungsantrag vom 24.07.2025 (vgl. Anlage) eingebracht. Die Referentin übernimmt den eingebrachten Antrag.

Der Ausschuss hat die Annahme des geänderten Antrages der Referentin empfohlen.

Die gedruckten Unterlagen zur Vorlage wurden dem Stadtrat bereits für die Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz am 24.07.2025 übermittelt. Aus Gründen der Einsparung von Ressourcen wurde daher von einem erneuten Druck der kompletten Unterlagen abgesehen. Die Beschlussvorlage ist durch Aufrufen des Links im Ratsinformationssystem (RIS) digital einsehbar:

<https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/8567330>

Der Korreferent des Referates für Klima- und Umweltschutz, Herr Stadtrat Sebastian Schall, und die zuständige Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Mona Fuchs, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

## II. Antrag der Referentin

Der Antrag der Referentin wird wie folgt geändert (Änderungen fett hervorgehoben):

1. Die Ausführungen der Referentin werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich bei der Bayerischen Staatsregierung, insbesondere beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI), dafür einzusetzen, dass die Verordnung zur Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften (AVEn) im Hinblick auf das Wärmeplanungsgesetz (WPG) sowie die Gemeindeordnung (GO) für den Freistaat Bayern dahingehend angepasst werden, dass Klimaschutz **und Klimaanpassung** als kommunale Pflichtaufgaben gesetzlich verankert **werden**, und dass zur Erfüllung dieser Aufgaben eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen sichergestellt wird, insbesondere im Sinne des Konnexitätsprinzips.
3. Das Referat für Klima- und Umweltschutz wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden (z. B. Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag) und dem Deutschen Städtetag die Forderung zur Verankerung des Klimaschutzes **und der Klimaanpassung** als kommunale Pflichtaufgaben bei den zuständigen Stellen voranzutreiben.
4. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02656 „Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern“ vom 20. April 2022 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Christine Kugler  
Berufsmäßige Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**

**an das Revisionsamt**

**an das Referat für Klima- und Umweltschutz, Beschlusswesen (RKU-GL4)**

z. K.

**V. Wv. Referat für Klima- und Umweltschutz RKU-RL-BdR**

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. Zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail)  
z. K.

Am.....